



Kurzwahlprogramm, ohne Drucklayout
(Stand: 31. Januar 2006)

Weiter wachsen, Sachsen-Anhalt.

Die FDP ist seit 2002 in der Regierungsverantwortung für Sachsen-Anhalt. Seither haben wir viele Reformen durchgeführt. Das katastrophale Erbe der rot-roten Regierung wurde Stück für Stück abgetragen. Das Land wurde vorangebracht.

Wir haben wichtige Reformen durchgeführt:

- Investitionen wurden erleichtert und Genehmigungsverfahren verkürzt.
- Zukunftsweisende Technologien wurden gefördert und Lehrstellen geschaffen.
- Die Investitionsbank wurde gegründet und damit der Mittelstand gestärkt.
- Die Kinderbetreuung wurde reformiert und die Schulausbildung modernisiert.
- Die Verwaltung wurde vereinfacht und eine Gebietsreform beschlossen.
- Die Hochschulautonomie wurde gestärkt und eine Exzellenzoffensive gestartet.
- Leistungsgesetze wurden überprüft und Personalkosten gesenkt.

Heute ist Sachsen-Anhalt nicht mehr das rote Schlusslicht in Deutschland. Im Gegenteil, die Industrie wächst in Sachsen-Anhalt am schnellsten in ganz Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist nicht mehr die höchste. Im Pisa-Ländervergleich der Schulen hat Sachsen-Anhalt deutlich an Boden gewonnen. Und in Ranglisten der Regionen wie die der Bertelsmann-Stiftung ist unser Land ein gutes Stück nach vorne gerückt. Es ist Teil des dynamischen mitteldeutschen Wirtschaftsraums – zusammen mit Sachsen und Thüringen.

Aber das war erst der Anfang. Die FDP wird weitermachen auf diesem erfolgreichen Reformkurs. Wir Liberale sind die Partei, die fest an die Zukunft dieses Landes und seiner Menschen glaubt. Wir setzen auf Freiheit und Verantwortung, und dazu gehört Zuversicht und Optimismus. Pessimistische Untergangphantasien bringen zwar Schlagzeilen, aber sie lähmen die Energien. Nur eine Politik mit Zuversicht und Optimismus wird die Menschen abhalten, das Land zu verlassen.

Wir Liberale kämpfen dafür, dass Sachsen-Anhalt weiter wächst – als Land mit Stolz und eigener Tradition, aber als Teil eines dynamischen mitteldeutschen Wirtschaftsraums.

Arbeit hat Vorfahrt – überall im Land.

Die FDP kämpft für Arbeitsplätze überall in Sachsen-Anhalt. Deshalb hat bei uns Arbeit Vorfahrt. Und zwar produktive Arbeit, die marktgerecht bezahlt wird, und nicht Ein-Euro-Jobs! Wir müssen den politischen Rahmen so setzen, dass die gewerbliche Wirtschaft mehr produktive Arbeitsplätze schafft.

Wir werden uns weiterhin für die Belange aller Gewerbetreibenden einsetzen – von Einzelhandel und Hotelgewerbe über das Handwerk bis zur Industrie. Wer Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft oder erhält, verdient kurze Genehmigungszeiten und kompetente politische Begleitung. Wir werden weiter Bürokratie abbauen.

Wir werden unsere erfolgreiche Ansiedlungsoffensive fortsetzen. In Sachsen-Anhalt ist jeder Investor willkommen, der produktive Arbeitsplätze schafft. Dies gilt für alle Branchen und alle Regionen des Landes.

Wir werden alle Städte und alle Gemeinden bei der Ansiedlung und Pflege von Unternehmen unterstützen. Wir lehnen eine Einschränkung der Förderung auf die größeren Städte strikt ab. Auch der ländliche Raum braucht produktive Arbeitsplätze und einen gesunden Mittelstand.

Wir werden die Innovationsförderung verstärken. Dazu zählt die Gründung eines Innovationsfonds, der aus Mitteln der Privatisierung von Landesvermögen gespeist werden soll. Wir werden die Biotechnologie-Offensive fortsetzen. Und wir werden die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft weiter fördern.

Wir werden weiter am Ausbau der Verkehrsinfrastruktur arbeiten – zu Wasser und zu Land. Und wir werden den Städtebau weiterhin so steuern, dass durch Rückbau und Abriss mehr städtische Lebensqualität entsteht und die Bauwirtschaft Aufträge erhält.

Ja zur Modellregion Sachsen-Anhalt !

Wir werden von der Bundesregierung fordern, Sachsen-Anhalt endlich zu ermöglichen, eine liberale Modellregion zu werden – ohne unnötige fesselnde Bürokratie. Dazu muss allen Ländern erlaubt werden, von Bundesrecht abzuweichen und eigene, liberalere Regeln in Kraft zu setzen. Sachsen-Anhalt braucht die Freiheit zu einem mittelstandsfreundlichen Klima und die Chance für schnelleres Wachstum.

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer !

Wir lehnen die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte strikt ab. Sie ist ein Sonderopfer für den gewerblichen Mittelstand und wird dort viele Arbeitsplätze kosten. Sie ist ein Subventionsprogramm für die Schwarzarbeit. Und sie wird die Inflation anheizen und zu einer Belastung des sozialen Klimas führen. Das gilt umso mehr, als Heizöl und Benzin sehr teuer geworden sind und dies alle Menschen im Land hart trifft.

Landwirte sind Unternehmer.

Sachsen-Anhalts Landwirtschaft ist eine der produktivsten in Deutschland. Zusammen mit der Ernährungsindustrie ist sie ein wichtiger Wachstumsmotor des Landes. Das muss so bleiben. Dazu braucht sie verlässliche Rahmenbedingungen.

Für die FDP ist der Landwirt zuallererst Unternehmer und der braucht Freiheit statt Bürokratie, gleichgültig ob aus Brüssel, Berlin oder Magdeburg. Der Landwirt ist auch Landschaftspfleger, aber dies darf ihn niemals wirtschaftlich schädigen und Arbeitsplätze kosten. Wir kämpfen gegen jeden grünen und roten Öko-Dogmatismus. Umweltschutz bleibt ein wichtiges Ziel, darf aber die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes nicht gefährden.

Haushaltskonsolidierung bleibt zentrale Aufgabe.

Die Konsolidierung des Landeshaushalts hat für die FDP weiterhin höchste Priorität. Die Nettoneuverschuldung soll bis 2011 auf null zurückgeführt werden. Dies kann nur gelingen durch

- strikte Ausgabendisziplin, die alle staatlichen Aufgaben auf den Prüfstand stellt und deren Erfüllung auf Effizienz hin überprüft und
- verstärktes wirtschaftliches Wachstum, das die Steuereinnahmen erhöht und die Soziallasten durch Arbeitslosigkeit senkt.

Für beides steht die FDP. Die FDP will den schlanken Staat, dessen Aufgaben klar umrissen, begrenzt und finanzierbar sind. Die FDP wird insbesondere

- die erfolgreiche Politik der Landesregierung zur Rückführung der Personalkosten konsequent fortsetzen und
- die Förderpolitik des Landes noch stärker als bisher auf die Ziele Wachstum, Beschäftigung und Innovation konzentrieren.

Schulen: Fördern und Fordern

Schüler und Lehrer brauchen Stabilität und Verlässlichkeit der Politik. Die FDP wird in der Schulpolitik genau den Kurs halten, den sie als Regierungspartei seit 2002 gefahren hat: weg von Gleichmacherei und Kuschelpädagogik hin zu Förderung von Motivation und Leistung, und zwar auf allen Ebenen der individuellen Begabung. Alle Kinder und Jugendlichen müssen die gleichen Bildungschancen haben, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern.

Die FDP fordert im Rahmen des gegliederten Schulsystems eine Bildungspolitik aus einem Guss:

- Grundschulen vermitteln grundlegende Fähigkeiten: in Deutsch und Mathematik sowie in einer ersten Fremdsprache, im Umgang mit Medien und im Sport – in Zusammenarbeit mit den Vereinen.
- Sekundarschulen und Gymnasien bleiben das Rückgrat für eine bedarfsgerechte Schulbildung nach individuellen Fähigkeiten und Neigungen. Es muss dabei verbindliche Bildungsstandards geben. Für Schüler, deren Versetzung gefährdet ist, muss es Förder- und Ferienkurse geben, um Lernrückstände auf- und Prüfungen nachzuholen.
- Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung des Bildungsangebots und keine unliebsame Konkurrenz für öffentliche Schulen. Sie müssen gute Bedingungen der Finanzierung vorfinden. Die Berechnung der Kostenerstattungen für Schulen in freier Trägerschaft muss – mehr als bisher - transparent und nachvollziehbar sein.
- Die Autonomie der Schulen muss gestärkt werden. Dies erlaubt eine stärkere Profilbildung bei hohen Standards. Und es erlaubt Wettbewerb, der die Qualität fördert. Eltern müssen das Recht haben, für ihre Kinder die gewünschten Schulen frei zu wählen. Die Zeit der festen Schuleinzugsbereiche muss ein Ende haben.
- Schule und Eltern müssen noch stärker zusammenarbeiten als bisher. Längerfristiges Ziel muss es sein, eine flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten.

Hochschulen: Freiheit und Autonomie

Sachsen-Anhalt hat leistungsfähige Hochschulen. Damit dies in einem zunehmend wettbewerblichen Umfeld so bleibt, fordert die FDP mehr Hochschulautonomie. Erste wichtige Weichen wurden seit dem Regierungswechsel 2002 in diese Richtung gestellt – mit der Einführung von Globalhaushalten, Zielvereinbarungen und einer Exzellenzoffensive.

Noch erheblich mehr muss folgen. Die FDP fordert, dass Hochschulen die Möglichkeit erhalten sollten, Studiengebühren zu erheben. Diese können für Studiengänge unterschiedlich hoch sein. In Zielvereinbarungen muss allerdings dreierlei sichergestellt sein,

- dass die Mehreinnahmen ausschließlich der Qualität der Lehre zugute kommen und
- dass der landesfinanzierte Globalhaushalt der jeweiligen Universität in laufenden oder künftigen Haushaltsjahren nicht als Folge der Mehreinnahmen gekürzt wird.

Studiengebühren dürfen keinen jungen Menschen vom Studium abhalten. Es darf keine sozialen Schranken vor dem Eingang der Hochschule geben. Jeder junge Mensch muss die Möglichkeit haben, Studiengebühren über Darlehen zu finanzieren. Die Darlehen müssen zinsgünstig und über Landesbürgschaften gesichert sein. Dies ist eine Aufgabe für die Investitionsbank Sachsen-Anhalt und andere Kreditinstitute. Vergünstigungen bei der Rückzahlung – je nach Studienleistung – sind denkbar und wünschenswert.

Kultur und Sport: noch mehr Selbstverantwortung

Sachsen-Anhalt ist nicht nur ein Land der Bildung, sondern auch ein Land der Kultur und des Sports. Ziel der FDP ist es, in beiden Bereichen Entscheidungen möglichst weitgehend in die Hände von Fachleuten zu legen – außerhalb der Bürokratie. Dazu zählt auch die Unterstützung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements.

Im Bereich der Kultur hat die Landesregierung die Selbstverwaltung spürbar ausgeweitet – durch Gründung der Landeskunststiftung und des Kultursenats. Beide haben ihre Arbeit erfolgreich aufgenommen. Weitere Schritte sind nötig. Betriebsformen und Steuerungsinstrumente in der Kultur sollten grundsätzlich so ausgestaltet sein, dass sie ein Höchstmaß an Eigenverantwortlichkeit ermöglichen.

Im Bereich des Sports ist die Selbstverwaltung schon Tradition – durch die erfolgreiche Arbeit der Verbände und Vereine. Ziel der FDP ist es, diese Selbstverwaltung zu unterstützen und – wo möglich – weiter auszubauen. Dazu dienen auch die Sportstiftung sowie die neu gegründete Behindertensportstiftung.

Sachsen-Anhalt soll ein kinder- und familienfreundliches Land bleiben.

Sachsen-Anhalt hat eine hervorragende Kinderbetreuung, wie auch die OECD dem Land bescheinigt hat. Dies gilt vor allem deshalb, weil seit 2002 verstärkt Bildungsangebote in die Betreuung eingeführt wurden. Auf diesem Weg wird die FDP weitermachen. Im Vordergrund muss die Qualität der Betreuung stehen. Langfristiges Ziel ist es, die Betreuung in den Kindertagesstätten gebührenfrei zu halten. Frühkindliche Bildung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Mit dem jüngst verabschiedeten Familienfördergesetz hat sich das Land klar und deutlich zu einer verstärkten Unterstützung von Familien bekannt. Die FDP steht für eine Familienförderung, die zielgerichtet alle Hemmnisse beseitigt, die heute noch der Vereinbarkeit von Familie, Kinderwunsch und beruflicher Tätigkeit entgegenstehen. Dies reicht von der Reform von Einstellungs- und Beförderungsmodellen bis hin zur Familienfreundlichkeit der Förderpolitik und der kommunalen Infrastruktur. Dagegen lehnt die FDP jede Förderung ab, die nicht unmittelbar den Kindern zugute kommt (z.B. ein Landeskindergehalt für die Eltern).

Wir brauchen eine grundlegende Gesundheitsreform.

Im Bereich der Gesundheitspolitik, die weitgehend Bundespolitik ist, steht ganz Deutschland vor großen Herausforderungen. Dies gilt vor allem mit Blick auf die demographische Entwicklung. Die FDP hat dazu in ihrem Bundestagswahlprogramm ein überzeugendes Reformkonzept vorgelegt.

In der Landespolitik geht es insbesondere darum, dem zunehmenden Ärztemangel auf dem Land zu begegnen – z.B. durch zinsvergünstigte Investitionsprogramme für Arztpraxen. Daneben muss die Versorgung kranker, älterer und behinderter Menschen weiter verbessert werden. Ziel muss dabei deren weitestmögliche Teilhabe am allgemeinen Leben sein.

Die Gebietsreform ist abgeschlossen.

Die Landesregierung hat grundlegende Verwaltungs- und Gebietsreformen auf den Weg gebracht. Die FDP steht zu diesen Reformen. Sie unterstützt deren Umsetzung in den nächsten Jahren. Dazu brauchen die Kommunen ein stabiles und verlässliches Umfeld – ohne gesetzgeberischen Aktionismus.

Die Reformen schaffen mehr Effizienz, bewahren aber den Geist der kommunalen Selbstverwaltung. Dies gilt gerade auch für die Gebietsreform. Eine weitergehende Gebietsreform – etwa die Schaffung von fünf Großkreisen – lehnt die FDP strikt ab. Fünf Großkreise wären seelenlose Verwaltungseinheiten, die historisch keine Grundlage hätten und das ehrenamtlichen Bürgerengagement abtöten würden.

Wir lehnen den Überwachungsstaat ab.

Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Freiheit und Verantwortung – das ist unser unumstößliches Leitmotiv. Für die FDP kann es deshalb nur dann eine Einschränkung von Freiheitsrechten geben, wenn es durch schwerwiegende öffentliche Interessen gerechtfertigt ist. Die Beweislast liegt dabei eindeutig beim Staat.

Die FDP lehnt jede Form eines Überwachungsstaats ab. Rasterfahndung, Videoüberwachung und verdachtsunabhängige Kontrollen müssen deshalb stets auf die Bedeutung ihres Zwecks, die Verhältnismäßigkeit der Mittel und den praktischen Erfolg hin überprüft werden. Die FDP fordert von der Bundesregierung, das Bank- und Steuergeheimnis wiederherzustellen, nachdem es durch jüngere Gesetzgebung aufgeweicht worden ist.

Öffentliche Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Bürger haben ein Recht darauf, vom Staat vor Gefahren geschützt zu werden. Aber stets muss die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit mit größter Sorgfalt und Umsicht geschehen. Im Vordergrund darf nicht der Ruf nach immer schärferen Gesetzen stehen. Stattdessen müssen die vorhandenen Gesetze konsequent angewandt werden. Und die Politik muss alle die Kräfte unseres Landes unterstützen, die für die Sicherheit verantwortlich sind: Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Dies gilt für die Ausstattung mit Ausrüstung und Personal. Und es gilt für die ideelle Anerkennung der Arbeit, die oft unter schwierigsten Bedingungen und zum Teil ehrenamtlich erfolgt.